

Sueddeutsche.de

10.02.2012 09:45

Mehr Geld für Alten-WGs

Minister Bahr will Alternative zu Pflegeheimen fördern

München - Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) will die Gründung neuer Pflege-Wohngemeinschaften finanziell besser unterstützen. Monatlich würden für diese Wohngruppen, in denen sich pflegebedürftige alte Menschen zusammenschließen, künftig mehrere tausend Euro bereitstehen, kündigte Bahr in der Bild an. 'Damit könnten auch Kosten gespart werden, weil weniger Menschen in die teure Heimpflege gehen', sagte er.

Schon im Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung vom Dezember 2011 heißt es, dass Pflegebedürftige in selbstorganisierten Wohngruppen künftig eine Pauschale von 200 Euro monatlich für die Beschäftigung einer ambulanten Pflegekraft erhalten sollen. Im Januar hatte Bahr zudem erklärt, dass eine Anschubfinanzierung von 2500 Euro pro Pflegebedürftigem gezahlt werden soll, um die Gründung von Pflege-WGs zu erleichtern. Maximal solle es 10000 Euro für Umbauten in einer Wohnung geben. Gerade die Badezimmer von Alten-WGs müssen oft teuer umgebaut werden. Bahr erläuterte nun, in eine Wohngemeinschaft mit vier Bewohnern könnten monatlich in der niedrigen Pflegestufe 1 bis zu 3400 Euro an Sach- und Geldleistungen fließen.

Das Modell der Pflege-WGs etabliert sich seit einigen Jahren zunehmend als Alternative zum Pflegeheim. In den ambulant betreuten Gruppen tun sich Menschen mit vergleichbarem Pflegebedarf zusammen. Die meisten von ihnen sind dement, aber noch nicht so sehr auf Betreuung angewiesen, dass sie stationär untergebracht werden müssten. In den Wohngruppen hat jeder Bewohner sein eigenes Zimmer, ausgestattet mit seinen privaten Möbeln; es gibt, wie in herkömmlichen WGs, geteilte Gemeinschaftsräume wie Küche, Wohn- und Badezimmer. Die Einrichtung der Wohnung mit persönlichen, vertrauten Gegenständen soll helfen, Demente psychisch zu stabilisieren, und ihnen ein Leben in weitgehender Eigenständigkeit ermöglichen.

Trotz der Beliebtheit der Pflege-WGs stießen Bahrs Pläne am Dienstag in der Opposition und bei Patientenschützern auf Kritik. Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, Ulrich Schneider, warnte im Hamburger Abendblatt davor, den Ausbau von Pflege-WGs insgeheim mit dem Ziel der Kosteneinsparung zu betreiben. 'Auch in den Heimen gibt es einen großen Reform- und Finanzbedarf, um auch künftig allen Menschen eine passgenaue Pflege anbieten zu können', sagte er. Bahrs Initiative könne kein Ersatz für die notwendige umfassende Pflegereform sein, die seit Jahren verzögert werde.

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Elke Ferner bemängelte, Bahrs Konzept sehe zu viele Restriktionen vor. Und die Pflegeexpertin der Linken, Kathrin Senger-Schäfer, kritisierte, die Pläne seien vor allem vom Geldsparen motiviert. Angetan von Bahrs Vorstoß zeigte sich hingegen Thomas Greiner, der Präsident des Arbeitgeberverbands Pflege: Das Modell sei ein nützlicher Versuch zum Umgang mit kommenden Problemen in der Altenpflege, lobte er.

chf